

03.06



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Föderalismusreform greift Naturschutzrecht an  
100 Tage Schwarz-Rot: Nur Gabriel standhaft  
Medien ignorieren brisante Umwelt-Themen  
Biosprit-Steuer: Pro und Kontra**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 12 (2006), Heft 03  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Eva Zinecker (ez)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)  
eMail: [thomas.kreutzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreutzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Wer treibt den Keil zwischen die Landwirte?

### Liebe Leserinnen und Leser,

am 3. März demonstrierten an unzähligen Orten Landwirte und Verbraucher/innen gemeinsam gegen die Gentechnik auf den Feldern und im Essen. Nicht nur biologisch wirtschaftende, sondern auch die meisten konventionellen Bauern halten nichts von gentechnisch veränderten Sorten, die keine Vorteile, aber erhöhte Kosten und Risiken mit sich bringen.

In einem internen Rundschreiben, das am gleichen Tag bekannt wurde, hat der Deutsche Bauernverband seine Mitglieder vor einer Teilnahme an dem Aktionstag gewarnt. Zu rechnen sei mit „spontanen Demonstrationen“, schrieb der DBV, und „problematisch dürfte es sich gestalten, dass auch Landwirte zu den Demonstrationen und damit Gentechnikgegnern gehören werden. Damit würde es den Organisatoren gelingen, einen Keil zwischen die Landwirte zu treiben.“

Doch wer treibt denn den Keil? In der Tat stehen im Streit um die Gentechnik Bauern gegen Bauern, DBV-Mitglieder gegen DBV-Mitglieder. Das geht dem Bauernverband wohl so langsam auf. Den Keil getrieben haben aber eine Handvoll Konzerne und Politiker, die die Gentechnik in Deutschland vorantreiben. Weiterhin empfiehlt der Bauernverband seinen Mitgliedern mit dem Argument der grassierenden Vogelgrippe „den ein oder anderen lästigen Demonstrant“ von seinem Betrieb „abzuschrecken“ und warnt sie eindringlich vor Verbänden wie „Greenpeace, BUND oder NABU“. Die „Landwirte sollten sich nicht unnützlich von diesen Verbänden instrumentalisieren lassen.“

Instrumentalisiert als Gentech-Anbauer werden eher Großlandwirte in Brandenburg von Firmen wie Monsanto oder der Märka. Traut der Bauernverband seinen eigenen Mitgliedern nicht zu, zur Gentechnik eine eigene Meinung entwickelt zu haben und diese eigenverantwortlich in der Öffentlichkeit zu vertreten? Eine Spaltung der Bauern sollte gerade jetzt vermieden werden. Bauernverband und Bio-Verbände müssen im Interesse der deutschen Landwirtschaft und ihrer Kunden zusammenstehen. Statt dem Gentechnik-Schmusekurs ihrer Verbandsspitze zu folgen, tun die Bauern gut daran, sich gemeinsam mit Umweltverbänden und

Verbraucher/innen für eine vielfältige und gentechnikfreie Landwirtschaft einzusetzen.

Liebe Leserinnen und Leser, Gentechnik auf unseren Feldern können und müssen wir verhindern - und zwar jetzt! Bitte werden Sie in diesem Frühjahr zusammen mit den Gentechnik-kritischen Bauern und Verbänden für eine zukunftsfähige Landwirtschaft aktiv. Termine und Aktionsvorschläge können Sie im Internet unter [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de) finden oder bei der Redaktion anfordern.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre dieser Ausgabe.

Thomas Dosch,  
Bundesvorstand Bioland e.V.

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Wer treibt den Keil zwischen die Landwirte?

## 5 Agrarpolitik, Verbraucherschutz, Gentechnik

- Bioprodukte künftig mit weniger Bio?
- Förderpreis Ökologischer Landbau 2006 verliehen
- Mogelpackung neues Gentechgesetz?
- Agro-Gentechnik contra Wahlfreiheit der Verbraucher
- Lesenswert
- Kurzmeldungen

## 8 Energie, Klima

- Energiespartipps jetzt kostenpflichtig
- Naturverträgliche Netzanbindung für Offshore-Windparks gefordert
- 25 % Strom aus Erneuerbaren möglich
- Steuern für Biokraftstoffe
- Neuer Klimaschutz-Index
- Info-Pflicht bei Hermes-Bürgschaften
- Kurzmeldungen

## 11 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- 100 Tage Schwarz-Rot: Bilanz von NABU, BUND und Umweltminister Gabriel
- DNR fordert neuen Anlauf bei der Föderalismusreform
- Umweltthemen in den Medien vernachlässigt

## 14 Naturschutz, Artenschutz

- Neue Staffel der Naturdetektive
- „Erlebter Frühling 2006“ startet
- Bundesforsten erhalten FSC-Zertifikat
- Finanzierung von Natura 2000 weiter schwierig
- Deutschland meldet letzte FFH-Gebiete
- Bündnis gegen Urwaldvernichtung

## 17 Verkehr, Tourismus

- Erneut Zuwächse im Flugverkehr
- Naturlandschaften in Deutschland beliebtes Urlaubsziel
- Kurzmeldungen

## 18 Service

- Umwelt-Termine, Informationsquellen
- Brüsseler Umweltpolitik verständlich
- Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

## **Bioprodukte künftig mit weniger Bio?**

### **Umweltverbände: Neue EU-Öko-Verordnung „verwässert“ Bioware**

Die Europäische Kommission hat Ende 2005 einen Vorschlag (Gesetzentwurf) für eine Neuregelung der biologischen Landwirtschaft auf den Tisch gelegt. Die neue Ökoverordnung soll nach ihren Angaben mehr Klarheit für Verbraucher und Landwirte bringen. Einfacher und flexibler als die jetzigen 95 Seiten sollte sie werden und der Entwurf ist tatsächlich auf ein Drittel geschrumpft. Umwelt- und Verbraucherverbände befürchten jedoch, dass die strengen Kriterien für Bioprodukte gelockert werden. Konkrete Regelungen, z.B. wie viel Platz Öko-Hühner oder Schweine brauchen, würden von vagen Kann-Bestimmungen abgelöst, so die Kritik.

### **Gentech-Toleranzgrenze gesenkt**

Die Hersteller von Öko-Lebensmitteln können künftig wählen, ob sie das EU-Logo für ökologische Erzeugnisse verwenden wollen oder nicht. Falls nicht, müssen ihre Produkte den Hinweis „EU-ökologisch“ oder „EU-biologisch“ (EU-organic) tragen. Ein Produkt erhält das Öko-Siegel nur dann, wenn es zu mindestens 95 Prozent aus biologischen Zutaten besteht. Gentechnisch veränderte Zusätze sind nicht erlaubt, wobei es eine Toleranzgrenze von 0,9 Prozent für so genannte zufällige Verunreinigungen gibt.

### **Biobranche steigerte 2005 Umsatz um 15 Prozent**

Die große Nachfrage nach ökologischen Lebensmitteln geht weiter. Im vergangenen Jahr hat die Branche nach Angaben des Bundes für Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) 4 Milliarden Euro umgesetzt. Eine Steigerung von 15 Prozent gegenüber 2004, hieß es bei der Naturkostmesse Biofach in Nürnberg im Februar. In manchen Sparten seien sogar die Rohstoffe knapp, z.B. ist derzeit die Nachfrage nach Bioschweinefleisch größer als das Angebot. Denn trotz des Booms sind die ökologisch bewirtschafteten Äcker nur um fünf Prozent gewachsen.

Die gelockerte Brüsseler Ökoverordnung könnte helfen diesen Engpass zu überbrücken. Darin heißt es beispielsweise nur noch, „natürliche Stoffe sollen künstlichen vorgezogen werden“. Eine solche Formulierung ermöglicht es Erzeugern, Produkte

mit dem EU-Öko-Siegel zu kennzeichnen, obwohl sie weniger ökologische Zutaten enthalten als vor der Reform.

### **Bioland: Ökolandbau weiter fördern**

Genau das kritisieren Umwelt-, Erzeuger- und Verbraucherverbände. Die neue Verordnung weiche die Biokriterien auf, hieß es beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Die International Federation of Organic Agriculture Movement (Ifoam), weltweiter Dachverband von 330 ökologischen Erzeugerverbänden, bezeichnete die Verordnung als „völlig ungenügend“. Selbst der Deutsche Bauernverband (DBV) lehnt den EU-Vorstoß ab und stellt sich hinter die ökologisch wirtschaftenden Kollegen. Die Existenz der Biobauern sei bedroht, hieß es. Der Erzeugerverband Bioland fordert ein Ende des Förderstopps für die Umsteller auf Ökolandbau, den fünf Bundesländer vergangenes Jahr erlassen hatten (DRB 04.05).

Noch ist die Neuregelung nicht in Kraft; sie soll bis zum Sommer verabschiedet sein. Die Mitgliedstaaten müssen noch zustimmen. Wie sich das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) verhalten wird, ist noch offen. Laut Presseberichten vom Februar lehnt das Ministerium die EU-Ökoreform ab. Die Vorsitzende des Verbraucherausschusses im Bundestag Bärbel Höhn und ihr deutscher Kollege im Europaparlament Friedrich Graefe zu Baringdorf (beide Grüne) kündigten an, sich der neuen Ökoverordnung zu widersetzen. Stimmrecht haben die Parlamentarier/innen allerdings nicht. (mbu) ■

### **• Weitere Informationen**

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), PF 140270, 53107 Bonn  
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262  
eMail: [info@bmelv.bund.de](mailto:info@bmelv.bund.de)  
[www.verbraucherministerium.de](http://www.verbraucherministerium.de)  
[www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de)

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,  
eMail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de)  
[www.boelw.de](http://www.boelw.de)

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-12, Fax -27  
eMail: [presse@bioland.de](mailto:presse@bioland.de)  
[www.bioland.de](http://www.bioland.de)

## **Förderpreis Ökologischer Landbau 2006 verliehen**

### **Auszeichnung für nachahmenswerte Neuerungen im Ökolandbau**

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer hat im Januar auf der Internationalen Grünen Woche drei Unternehmen mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2006 ausgezeichnet. Der vom Agrarministerium ausgelobte Förderpreis wird seit 2001 vergeben und ist mit insgesamt 25.000 Euro dotiert. Mit der Auszeichnung werden besonders vorbildliche und verallgemeinerungsfähige Innovationen im Ökolandbau honoriert.

### **Die Gewinner 2006**

1. Platz: Der Ökohof Kuhhorst in Brandenburg (Verband: Gäa ) für die vorbildliche betriebliche Gesamtkonzeption in der Tierhaltung, Verarbeitung und Vermarktung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit geistiger und ohne Behinderung. Das Preisgeld: 10.000 Euro.

2. Platz: Die Staudengärtnerei Gaißmayer in Illertissen/Bayern (Verband: Bioland) für die betriebliche Gesamtkonzeption der umfassenden ökologischen Produktion von Stauden und Kräutern, Heil- und Zierpflanzen. Das Preisgeld: 8.000 Euro.

3. Platz: Der Brunnenhof in Künzelsau-Mäusdorf/Baden-Württemberg (Verband: Demeter) wird für die vorbildlichen Leistungen in der artgerechten Tierhaltung, Tieraufzucht und -fütterung geehrt. Das Preisgeld: 7.000 Euro (mbu) ■

### **• Weitere Informationen**

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), PF 140270, 53107 Bonn  
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262  
eMail: [info@bmelv.bund.de](mailto:info@bmelv.bund.de)  
[www.verbraucherministerium.de](http://www.verbraucherministerium.de)  
[www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de)

## Neues Gentechnikgesetz eine Mogelpackung?

### EU-Richtlinie wird Stück für Stück in nationales Recht umgesetzt

Am 16. Februar hat der Bundestag den zweiten Teil des Gentechnikgesetzes verabschiedet. Gerade noch rechtzeitig, um dem Bußgeld zu entgehen, mit dem die EU-Kommission Deutschland gedroht hat, falls es die fehlenden Teile zur Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie nicht bis zum 19. Februar ergänzt hätte. Im ersten Teil des Gentechnikgesetzes, das bereits unter der rot-grünen Regierung in Kraft trat, wurden z.B. Haftungsregeln und Standortregister festgelegt. Die jetzige Gesetzesnovelle betrifft u.a. die Kontrolle der Umweltfolgen sowie die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit.

### Grüne: Informationspolitik in § 28a ist Verhinderungspolitik

Den Paragraphen 28a, der die Informationspolitik regelt, kritisieren Umweltverbände und Bündnis 90/Die Grünen. Die Partei bezeichnete die festgelegten Regeln als „Verhinderungspolitik“. Der BUND befürchtet, dass die Öffentlichkeit über Gefahren für Mensch und Umwelt durch genmanipulierte Organismen sowie über illegale Praktiken der Gentechnikindustrie künftig nichts mehr erfährt. Das neue Gesetz schränke das Informationsrecht, das die EU-Richtlinie vorgibt, zu sehr ein. Z.B. wenn es um angeblich schützenswerte Personendaten, laufende Gerichtsverfahren, den Schutz des geistigen Eigentums oder vermeintliche Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geht. Die Behörden hätten einen großen Ermessensspielraum. Damit werde der Geheimniskrämerei „Tür und Tor geöffnet“. Die Union und der Bundeslandwirtschaftsminister kündigten weitere Schritte der Gesetzgebung an, die Anliegen des Bundesrates aufgreifen würden. Gentechnikkritiker fürchten, dass damit der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen forciert werden und die bisher gültige Haftungsregelung aufgeweicht werden soll. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-456, Fax -449  
eMail: heike.moldenhauer@bund.net  
www.bund.net

## Agro-Gentechnik contra Wahlfreiheit der Verbraucher

### Plädoyer für alte Haftungsregelung im deutschen Gentechnikgesetz

Der Öko-Anbauverband Bioland und die Umweltstiftung Euronatur haben Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert, sich von der „aus Umweltsicht einseitig geführten“ Debatte zur Grünen Gentechnik zu distanzieren. Merkels Position sei allein vom Fortschrittsglauben geprägt, ohne die Nachteile für Natur und Wirtschaft zu berücksichtigen. Anlässlich der Novellierung des deutschen Gentechnikgesetzes verwies der Bioland-Vorsitzende Thomas Dosch auf die Verbraucher/innen: Drei Viertel lehnen Genfood ab.

Auch aus marktwirtschaftlicher Sicht seien die von der Berliner Regierung angekündigte Förderung der Agro-Gentechnik sowie der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht gut für den Agrarstandort. Wegen des Anbaus von Gen-Mais mit zweifelhaftem wirtschaftlichen Nutzen würden die bisher gentechnikfreie Landwirtschaft für Deutschland verspielt und unabsehbare Eingriffe in die Natur in Kauf genommen, sagte Lutz Ribbe, umweltpolitischer Direktor von Euronatur. Andere Länder wie Österreich nutzten dagegen konsequent die Marktchancen einer gentechnikfreien Qualitätsproduktion für Mensch und Umwelt.

Die Akzeptanz flächendeckender gentechnischer Verunreinigungen macht aus Sicht von Bioland und Euronatur die Wahlfreiheit für Verbraucher und Landwirte zunichte. Sie appellierten an das Berliner Kabinett, diese Wahlfreiheit zu gewährleisten und die verschuldensunabhängige Haftungsregelung beizubehalten. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bioland, Vorsitzender Thomas Dosch,  
Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 0178 / 2189866  
eMail:  
oeffentlichkeitsarbeit@bioland.de  
www.bioland.de

Euronatur, umweltpolitischer Direktor  
Lutz Ribbe, Grabenstraße 23, 53359  
Rheinbach/Bonn  
Tel. 02226 / 2045  
eMail: lutz.ribbe@euronatur.org  
www.euronatur.org

## Lesenswert

### NABU-Studie Agrarforschung und Biotechnologie

Nach einer Studie, die der NABU in Auftrag gegeben hat, ist die Forschung zur Agro-Gentechnik zu einseitig ökonomisch ausgerichtet. Eine solche Ausrichtung übersehe die komplexen ökologischen Zusammenhänge des Landbaus, sagte Stephan Albrecht, einer der Autoren und Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. Diese Forschung diene nicht einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft, sondern nehme eine weitere Einschränkung der Artenvielfalt in Kauf. Mit biotechnologischer Forschung allein könnten weder Umweltprobleme noch die Folgen des Klimawandels gelöst werden, heißt es in der Studie weiter. (mbu)

Stephan Albrecht, Elisabeth Bongert:  
Agrarforschung und Biotechnologie - Welche Forschung braucht eine nachhaltige Landwirtschaft? (PDF, 670 kB):  
www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/studien/3.pdf

### Wo wächst der deutsche Gen-Mais? Standortkarte von Greenpeace

Ende Januar hat Greenpeace eine Übersichtskarte zu den geplanten Standorten von gentechnisch manipuliertem Mais in Deutschland veröffentlicht. Die Grafik basiert auf Informationen des öffentlichen Standortregisters des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Dort müssen sich Bauern, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen wollen, drei Monate vor der Aussaat registrieren. Für den Anbau 2006 beantragten Landwirte bis Ende Januar 1357 Hektar an 108 Standorten. Die meisten Anbauflächen liegen wie im vergangenen Jahr in Brandenburg (821 Hektar). Ein Teil der Bauern hat nach Protesten die Aufträge aber bereits wieder zurückgezogen. Die Karte wird laufend aktualisiert. (mbu)

Karte: Gen-Mais-Anbau in Deutschland 2006, PDF(226 kB):  
www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\_upload/themen/gentechnik/greenpeace\_Karte\_Gen\_Mais\_Anbau.pdf

## **Kurzmeldungen**

### **Foodwatch fordert effektives Lebensmittelkontrollsystem**

Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch hat angesichts der Fleischskandale ein neues und zeitgerechtes System der Lebensmittelüberwachung in Deutschland gefordert. Die Kontrollen würden in jedem Bundesland anders organisiert, zum Teil sogar auf kommunaler Ebene wie in Nordrhein-Westfalen. Die Überwachung müsse länderübergreifend und in Verantwortung des Bundes organisiert werden. Der Bund könne dann auch ein rotierendes System einführen, so dass die Lebensmittelkontrollen in den Betrieben wechseln. Außerdem plädiert Foodwatch für ein Verbraucherinformationsgesetz, das die Rückverfolgung der Lebensmittelkette ermöglicht. Verstöße gegen das Lebensmittelrecht sollten über einen Bußgeldkatalog ähnlich wie im Straßenverkehr geahndet werden. Das Überschreiten des Haltbarkeitsdatums zum Beispiel könnte dann zwei Prozent des Jahresumsatzes kosten. (mbu)

Foodwatch, Berlin, Tel. 030 / 28093995, [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

### **Bundesamt sucht Hinweise auf Verstöße gegen Lebensmittelrecht**

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat eine Internet-Seite und eine Hotline (01888 / 413-3555, Ortstarif) eingerichtet, bei der Bürger, Lieferanten und Mitarbeiter anonym Hinweise auf Verstöße gegen das Lebensmittelrecht geben können. Die gegebenen Informationen müssen im Fall einer Kontrolle belegbar sein. (mbu)

BVL, Bonn, Tel. 0228 / 6198-0, [www.bvl.bund.de/tipp](http://www.bvl.bund.de/tipp)

### **Auch in Zeiten der Geflügelpest artgerechte Tierhaltung gefordert**

Umweltverbände haben im Februar vor falschen Reaktionen auf die Vogelgrippe gewarnt und sich weiterhin für eine artgerechte Tierhaltung mit genügend Auslauf ausgesprochen. Der Erzeugerverband Bioland forderte ein Forschungsprogramm für den Auslauf von Geflügel sowie Investitionen in den Neubau und die Erweiterung von Schlechtwetterausläufen, den so genannten Wintergärten. Der DNR wandte sich gegen eine Impfung der Tiere, da dadurch lediglich die Symptome verdeckt, die Verbreitung des Virus aber nicht gestoppt werden könne. Das Land-

wirtschaftsministerium lehnt bisher Impfun- gen ab. (mbu)

Bioland, Tel. 06131 / 23979-17, [www.bioland.de](http://www.bioland.de)

### **Büro für Technikfolgenabschätzung: Grüne Gentechnik ist unwirtschaftlich**

Nach einem Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung (TAB) in Berlin ist die Entwicklung neuer Produkte der Grünen Gentechnik nicht wirtschaftlich. Der Bildungsausschuss des Bundestags hatte vor zwei Jahren den Bericht in Auftrag gegeben. Neben der Wirtschaftlichkeit sollte das TAB auch die Risiken transgener Pflanzen der zweiten und dritten Generation für Gesundheit und Umwelt untersuchen. Die Produkte, die in den vergangenen Jahren zugelassen wurden, waren laut TAB-Studie nicht sehr erfolgreich. Manche wie die Anti-Matsch-Tomate sind schon wieder vom Markt verschwunden. Weiteres Fazit des Berichts: Die Gentechnologie sei derzeit nicht in der Lage, für den Menschen nützliche Produkte herzustellen. Hier seien konventionelle Verfahren der Gentechnik weit überlegen. (mbu) Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB), Berlin, Tel. 030 / 28491-0, [www.tab.fzk.de](http://www.tab.fzk.de)

### **Aktion „Gendreck weg“ kündigt weitere „Feldbefreiungen“ an**

Die 2005 gegründete Aktion „Gendreck weg“ will in diesem Jahr ihren gewaltfreien Widerstand gegen den Anbau genmanipulierter Pflanzen fortsetzen. Am Pfingstmontag, dem 5. Juni und am 30. Juli soll wieder Gen-Mais geerntet werden. Wo die Aktion stattfindet, wird noch bekannt gegeben. Zu der ersten angekündigten „Feldbefreiung“ im vergangenen Sommer hatten sich 300 Aktivist/innen getroffen, um ein Genmais-Feld bei Berlin abzuern- ten. Mehrere Hundertschaften Polizei waren im Einsatz, um dies zu verhindern. Die Aktion wird von mehreren Alternativen Nobelpreisträgern unterstützt, darunter die indische Ökologin Vandana Shiva und NABU-Vizepräsident Prof. Michael Succow (if)

Aktion Gendreck weg!, Tel. 07472 / 442370, [www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

### **Gesetzeslücke bei Verwendung der Druckchemikalie ITX**

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat das Bundesverbrauchermi- nisterium kritisiert, weil es keine Maßnahmen gegen die Gesundheitsrisiken durch die Chemikalie Isopropylthioxanthon (ITX) ergreift. ITX

wird in der Verpackungsindustrie zum schnelleren Trocknen von Druckerfarbe verwendet. Die Kartonhersteller liefern die bedruckten Bögen aufeinander gestapelt. Durch den Kontakt zwischen bedruckter Außenseite und Innenseite kommt der giftige Stoff in den Saft. Welchen Schaden ITX anrichten kann, ist noch unklar. Denn in Deutschland werden zwar alle Stoffe geprüft, die bei der Lebensmittelproduktion verwendet werden. Einzige Ausnahme: Druckchemikalien. Zum Schutz der Verbraucher sollten ITX-belastete Getränkekartons aber verboten werden, so die DUH. Bei Milchprodukten sei das Problem inzwischen auch gelöst worden. (mbu) DUH, Tel. 07732 / 9995-0, [www.duh.de](http://www.duh.de)

### **Elektroschrott kann jetzt kostenlos zurückgegeben werden**

Verbraucher/innen können ab 24. März ihre alten Elektro- und Elektronikgeräte kostenlos bei den kommunalen Sammelstellen abgeben. Von diesem Zeitpunkt an müssen die Hersteller die dort gesammelten Geräte zurücknehmen und entsorgen. Das sieht das Elektro- und Elektronikgerätegesetz vor, das ein Jahr zuvor im Bundesgesetzblatt verkündet wurde. Mit dem Gesetz ist Deutschland einer der ersten Mitgliedstaaten der EU, der die beiden EU-Richtlinien über die Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten und über die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Neugeräten umsetzt. Verbraucher/innen sollen die vorhandenen kommunalen Sammelstrukturen, z.B. Wertstoff- und Recyclinghöfe, nutzen. Die Hersteller müssen die Altgeräte dort abholen und wiederverwerten oder entsorgen lassen. Eine weitere Neuerung: Ab Juli dürfen bestimmte Schwermetalle und bromierte Flammschutzmittel in neuen Geräten nicht mehr verwendet werden. (mb) Gesetz: BGBl. I S. 762 f.

■

### Energiespartipps ab März kostenpflichtig

#### Bundesregierung will Beitrag der Bürger/innen für den Service

Wer von den Verbraucherzentralen eine Beratung zum Energiesparen haben will, muss seit März dafür 5 Euro zahlen. Das Bundeswirtschaftsministerium begründete diesen Beschluss mit einer Forderung des Bundesrechnungshofs aus dem Jahr 2002. Danach soll die Energieberatung wie auch die Rechts- und Finanzberatung gebührenpflichtig werden.

Mehr als 25 Jahre lang zahlte der Bund die Kosten der Energieberatung der Verbraucherzentralen. Wegen der zuletzt stark steigenden Energiepreise stieg auch die Nachfrage nach den Spartipps ständig. Bundesweit ließen sich 2005 nach Angaben des Bundesverbands der Verbraucherzentralen (VZBV) 70.000 Bürger/innen über eine bessere Wärmedämmung oder geringeren Stromverbrauch beraten. Der Staat gab dafür 3,5 Millionen Euro aus.

#### Kritik: Wer Energieberatung braucht, hat wenig Geld

Die Ausgaben haben sich nach Berechnungen des VZBV gelohnt: Jeder vom Bund für Energieberatung gezahlte Euro habe im vergangenen Jahr 16 Euro an Investitionen in Sparmaßnahmen nach sich gezogen. Die Verbraucherverbände befürchten, dass Gebühren die Kunden abschrecken. Diejenigen, die eine Beratung bräuchten, hätten ohnehin wenig Geld. Auch für den Fiskus springe nicht viel heraus. Denn die Einnahmen von schätzungsweise 350.000 Euro im Jahr würden großenteils in neue Buchungssysteme in den Beraterbüros fließen. Telefonberatung sei bei Energiefragen schwer zu praktizieren, weil immer Dokumente betrachtet werden müssten. Die meisten Verbraucher/innen kämen mit einem Stapel alter Rechnungen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

### Vorschlag für Netzanbindung von Offshore-Windparks

#### WWF-Studie: Stromtrassen außerhalb des Wattenmeers möglich

Nach einer Studie des WWF sind die Wattenmeer-Nationalparke durch die Anbindung von Windanlagen vor der deutschen Küste an das Stromnetz unnötig gefährdet. Die Verfasser beschreiben Alternativen für die Stromtrassen außerhalb der Nationalparke und fordern eine effektivere Bündelung der geplanten Leitungen, damit das Wattenmeer möglichst wenig belastet wird. Laut WWF verstoßen drei der vier vorgesehenen Leitungskorridore höchst wahrscheinlich gegen nationales und europäisches Naturschutzrecht.

#### Gemeinsames Konzept fehlt

Der WWF kritisiert, dass Planungen für die Netzanbindung bislang unzureichend koordiniert worden seien, und fordert von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg ein gemeinsames Konzept, das möglichst die Nationalparke und die Natura-2000-Gebiete umgeht.

Bislang wurden zehn Windparks mit jeweils bis zu 400 Megawatt Leistung in der deutschen Nordsee genehmigt. Um die Anlagen an das Stromnetz anzuschließen, sind lange Seekabel notwendig. Nach bisheriger Planung sollen fast alle Kabeltrassen die Wattenmeer-Nationalparke queren. Vorgesehen ist, die Leitungen bis 2010 auf mehr als 80 Kilometern Länge und bis zu 500 Meter Breite durch Schutzgebiete zwischen Norderney und Sylt zu verlegen.

#### Naturverträgliche Stromanbindung durch Flussmündungen

Der WWF unterstützt grundsätzlich die Ausbaupläne der Bundesregierung für die Offshore-Windkraft, plädiert aber dafür, die Netzanbindungen umweltverträglicher zu gestalten. Die Studie zeigt, dass außerhalb der Nationalparke eine Anbindung entlang schon vorbelasteter Strukturen durch die Flussmündungen von Elbe, Ems, Jade und Weser möglich sei. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Naturschutzreferentin Beatrice Claus, Am Güthpol 11, 28757 Bremen  
Tel. 0421 / 65846-19  
eMail: [claus@wwf.de](mailto:claus@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

### Ökostrom könnte 2020 ein Viertel des Verbrauchs decken

#### Studie: 25 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen möglich

Ende Januar hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eine Studie präsentiert, wonach im Jahr 2020 regenerative Energiequellen ein Viertel der deutschen Stromversorgung decken können. Die frühere Bundesregierung war von rund 20 Prozent ausgegangen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt würde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) überflüssig: Die Erneuerbaren Energien wären dann konkurrenzfähig. Das Gutachten wurde erstellt vom Wuppertal-Institut, dem Zentrum für Sonnenenergie sowie vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

Gabriel zeigte sich erfreut über die Ergebnisse der Studie. Sie belege, dass Erneuerbare Energien zur tragenden Säule deutscher Klimaschutz-Politik würden. Derzeit sparten die Erneuerbaren 36 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ein, 2020 würden es 110 Millionen Tonnen sein. Außerdem blieben die Kosten für den Ausbau vertretbar. Derzeit zahle ein Durchschnittshaushalt 1,50 Euro pro Monat für den Ausbau regenerativer Stromerzeugung. Bis 2015 steige der Betrag auf 2,80 Euro. Danach werde die monatliche Belastung wieder sinken. Denn das EEG übe einen hohen Preisdruck aus. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche könnte sich bis 2020 verdoppeln, so der Minister. Heute arbeiteten dort 150.000 Menschen, in der Kernenergie sind es nach Branchenangaben 40.000. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Döppersbergstr. 19, 42103 Wuppertal  
Tel. 0202 / 2492-0, Fax -108  
eMail: [info@wupperinst.org](mailto:info@wupperinst.org)  
[www.wupperinst.org](http://www.wupperinst.org)  
Die Studie als PDF (682 KB):  
[www.erneuerbare-energien.de/inhalt/36550](http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/36550)

## Steuern für Bioenergie: Pro und Kontra

### Biosprit sollte bis 2009 steuerfrei sein

Das Bundesfinanzministerium plant ab dem kommenden August Steuern auf Biodiesel zu erheben. Und zwar für reinen Biodiesel 10 Cent pro Liter und für den Mix aus Rapsöl und Methanol 15 Cent. Bisher sind Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer befreit. Dies ist laut Finanzministerium eine zu starke Subventionierung, die gegen die EU-Richtlinie zur Energiebesteuerung verstoße. Umwelt- und Verbraucherverbände, Industrie und Behörden bewerten die Biospritsteuer unterschiedlich. Z. B. monierte der VCD, dass diejenigen Autofahrer sich betrogen fühlen würden, die ihren Wagen umrüsten ließen, damit er tauglich für Naturkraftstoff wird. Auch die Biodieselbranche sieht sich getäuscht. Wer in Anlagen investiert habe, ging davon aus, dass Biosprit bis 2009 steuerfrei bleibe, hieß es beim Verband der deutschen Biokraftstoffe.

### UBA kritisiert schlechte Ökobilanz

Aus Sicht des Umweltbundesamtes (UBA) sprechen gerade ökologische Gründe für eine Besteuerung. Denn bei der Herstellung entstünden Treibhausgas, Biosprit sei nicht CO<sub>2</sub>-neutral. Auf den großen Anbauflächen für Raps würden Pestizide und Dünger eingesetzt, was die Ökobilanz weiter verschlechtere, so das UBA. Stattdessen solle die Energieeffizienz von Fahrzeugen verbessert werden. Der ökologischste Kraftstoff sei der, der nicht verbraucht werde. Diesen Standpunkt unterstützt auch das Forum Umwelt & Entwicklung. In dem Positionspapier „Weltmark für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik“ empfiehlt das Forum u. a., Biomasse hauptsächlich auf dem Strom- und Wärmemarkt einzusetzen. Dort weise sie die beste Energiebilanz und CO<sub>2</sub>-Reduktion auf. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD),  
Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: info@forumue.de  
Positionspapier: www.forumue.de

## Neuer Klimaschutz-Index

### Deutschland unter 53 Industrie- und Schwellenländern auf Platz 5

Die Nichtregierungsorganisation Germanwatch hat einen neuen internationalen Klimaschutz-Index vorgestellt. Der Index vergleicht die Klimaschutz-Leistungen von 53 Industrie- und Schwellenländern, die zusammen für 90 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich sind. Deutschland belegt auf der Rangliste Platz fünf, die USA sind Vorletzter, nur Saudi-Arabien schneidet noch schlechter ab. Auf den ersten drei Plätzen landeten Island, Lettland und Großbritannien.

Der Klimaschutz-Index soll laut Germanwatch helfen, den politischen und zivilgesellschaftlichen Druck auf diejenigen Länder zu erhöhen, die „ihre Klimaschutz-Hausaufgaben bisher vernachlässigt haben“.

### Einäugige unter Blinden

„Auch die Staaten, die in der Rangliste gut abgeschnitten haben, dürfen sich nicht zurücklehnen. Sie gleichen eher den Einäugigen unter den Blinden“, betont der Klimaexperte Jan Burck, der am Index mitarbeitete. Um den Klimawandel auf ein erträgliches Maß zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts in den Industrieländern um 80 und weltweit um 50 Prozent sinken. Bisher steigen die Treibhausgasemissionen aber nach wie vor an.

### Die großen Verursacher kommen ihrer Verantwortung nicht nach

Die Länderliste zeigt deutlich, dass viele der Länder, die am meisten zum Klimawandel beitragen, dieser Verantwortung nur unzureichend nachkommen. Gleich sechs der zehn größten CO<sub>2</sub>-Emittenten, die allein fast 60 Prozent der weltweiten Emissionen in die Luft blasen, sind im Index im hinteren Drittel zu finden. So befindet sich Japan auf Platz 34, Italien auf Platz 38, Kanada auf Platz 45, Russland auf Platz 48 und die USA auf Platz 52.

### Deutschland nur noch Platz 5

Aber auch Deutschland liegt nicht in allen Sektoren vorn. So ist Deutschland zwar Spitzenreiter in der internationalen Klimaschutzpolitik und konnte als einziges Industrieland seine Verkehrsemissionen leicht senken (Rang 4). Doch im Gebäudesektor, der den Heizbedarf erfasst, liegt Deutschland nur auf Platz 31. Hier müsse

sich zeigen, so Germanwatch, wie viel die kürzlich beschlossenen Fördermaßnahmen für Gebäudedämmung und -sanierung bringen. Und während der überdurchschnittliche Zuwachs an erneuerbaren Energien seit 1998 zu einem guten zehnten Rang führt, reicht es bei der gesamten Stromerzeugung nur zu einem 23. Platz.

### Kraftwerksneubauten entscheiden über die Klimapolitik der Zukunft

Wichtig für das zukünftige Abschneiden Deutschlands sind vor allem die anstehenden Entscheidungen bei den Kraftwerksneubauten. „Eine Tendenz in Richtung Stein- und Braunkohle würde Deutschlands gesamte Klimaschutzpolitik konterkarieren“, warnt Christoph Bals, Geschäftsführer von Germanwatch. Auch ein Ausbau der Atomkraft könne aufgrund des Risikopotenzials, der Kosten und der Marktverdrängung von Erneuerbaren Energien kein Weg aus der Klimamisere sein.

Der Index ermöglicht erstmals einen fundierten Ländervergleich, weil er nicht nur die absolute Höhe, sondern vor allem den Trend der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen berücksichtigt. Der Trend wird in den volkswirtschaftlichen Sektoren Energie, Industrie, Verkehr und Gebäude erfasst. Als dritter Faktor fließt die Klimaschutzpolitik des Landes in die Bewertung ein. (tl)

### • Weitere Informationen

Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201,  
53113 Bonn,  
Tel. 0228 / 60492-0, Fax -19  
eMail:  
klimakompakt@germanwatch.org  
www.germanwatch.org/rio

## Informationspflicht bei Hermes-Bürgschaften

### Bundeswirtschaftsministerium muss künftig über Klimafolgen informieren

Eine Klage von Germanwatch und dem BUND gegen das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) ist vor dem Verwaltungsgericht Berlin mit einem Vergleich beendet worden. Bei dem Rechtsstreit ging es um die Herausgabe von umweltrelevanten Informationen über so genannte Hermes-Bürgschaften. Das BMWi verpflichtete sich, künftig umfassende Informationen über die Klimafolgen von Exportbürgschaften an die Verbände weiterzugeben.

### Gericht: Exportbürgschaften haben Auswirkungen auf Klima

Die Verbände wollten wissen, wie sich von der deutschen Regierung verbürgte Exporte auf die Energieerzeugung in anderen Ländern und damit auf das Klima auswirken. Deutschland mit seinem großen Export spiele bei der weltweiten Entwicklung von Treibhausgasemissionen eine wichtige Rolle. Die Informationen könnten helfen, die Rolle staatlicher Bürgschaften besser einzuschätzen. Das Gericht bestätigte die Auffassung der Kläger, dass Exportbürgschaften Auswirkungen auf das Klima haben können. Die Richter entschieden außerdem, dass Hermes-Bürgschaften als Umweltinformationen im Sinne des Umweltinformationsgesetzes (UIG) gelten und das BMWi als informationspflichtig anzusehen ist. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Germanwatch, Voßstr. 1, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2888356-0, Fax -1  
eMail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)  
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

## Kurzmeldungen

### Nachwachsende Rohstoffe auf dem Vormarsch

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland auf rund 1,4 Millionen Hektar nachwachsende Rohstoffe angebaut worden. Das entspricht einem Anteil von zwölf Prozent der gesamten Ackerfläche, wie das Bundeslandwirtschaftsministerium im Januar mitteilte. Damit sind die Anbauzahlen seit 1993 um das Siebenfache gestiegen. Wichtige Impulse dafür kamen vom Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das z. B. die Wärme- und Stromerzeugung aus Biomasse förderte. So wurden 2005 rund 15.000 neue Feuerungsanlagen für Holzpellets installiert und 800 Biogasanlagen gingen ans Netz. Auch die steigenden Preise für fossile Energiequellen trugen zum Boom der Bioenergie bei. (mbu) Bundeslandwirtschaftsministerium, Tel. 0228 / 529-0, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

### Erste Gasgenossenschaft in Deutschland geplant

In Delmenhorst bei Bremen wollen Bürger/innen eine Gasgenossenschaft gründen. Seit Juli vergangenen Jahres erlaubt das Energiewirtschaftsgesetz den „diskriminierungsfreien Netzzugang für jedermann“. Und seit Februar müssen die Gasnetzbetreiber ihre Preise für die Leitungen publik machen. Die Bundesnetzagentur muss diese dann genehmigen. Neben der Frage der Pipelines muss noch geklärt werden, wer der Genossenschaft das Gas liefert. Die Gründungsphase soll etwa ein Jahr dauern, so dass die Genossenschafter/innen Zeit haben, Angebote zu prüfen. Energieunternehmer und die Stadtwerke Delmenhorst stehen der Idee skeptisch gegenüber. Es sei schwierig, wenn fachliche Laien auf dem Gasmarkt einsteigen wollten, hieß es bei den Stadtwerken. Der Bund der Energieverbraucher hingegen sieht langfristig gute Chancen für eine Genossenschaft. (mbu) Gasgenossenschaft Delmenhorst i.Gr., e-Mail: [evasassen@web.de](mailto:evasassen@web.de)

### Steuervorteile für AKW-Betreiber verletzen EU-Recht nicht

Die Steuervorteile für Betreiber von Atomkraftwerken in Deutschland sind mit EU-Recht vereinbar. Das Europäische Gericht Erster Instanz sieht in den steuerfreien „Rücklagen“ keine unerlaubte Beihilfe. Deutsche AKW-Betreiber sind verpflichtet, Rücklagen für die Stilllegung der Kraftwerke und die Entsorgung von radioaktivem

Abfall zu bilden. Die Stadtwerke hatten dagegen geklagt, dass diese Rücklagen steuerfrei sind. Sie sehen andere Energieversorger benachteiligt. (tl) <http://curia.eu.int/de>

■

### 100 Tage Schwarz-Rot: Öko-Potenzial noch ungenutzt

**BUND lobt nur Umweltminister Gabriel**  
In der Umweltpolitik sucht die Große Koalition noch ihr Profil. So bilanziert der BUND die ersten 100 Tage Schwarz-Rot. Kennzeichnend dafür sei ein „Hin- und Her“ bei Energie- und Agrarfragen, während viele Öko-Potenziale ungenutzt blieben. Eine „gute Figur“ habe Umweltminister Gabriel gemacht (siehe nebenstehenden Beitrag). Dagegen habe Bundeskanzlerin Merkel mehrfach ihr Interesse an Laufzeitverlängerungen bekundet, zugleich aber die Gültigkeit des Atomkonsenses betont.

#### Fehlanzeige bei zukunftsfähiger Agrar-, Finanz- und Verkehrspolitik

Nachdem Bundesagrarminister Seehofer zunächst mit Angriffen gegen seine Vorgängerin Künast und den Ökolandbau hervorgetreten war, sei er später zurückgerudert. Habe er zunächst die Agrogentechnik durchsetzen wollen, versprach er später, Umwelt und Gesundheit nicht zu gefährden. Merkel und Seehofer hätten zudem nichts getan, um die umweltverträgliche ländliche Entwicklung vor Kürzungen im EU-Etat zu bewahren. Auch zur geplanten Schwächung der Standards für das EU-Biosiegel schweige Seehofer. Eine boomende Branche sei dadurch bedroht.

„In der Bundesregierung scheint nur der Umweltminister die großen Chancen für Arbeit, Forschung und Innovation im Umwelt- und Naturschutz zu erkennen“, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. Die Koalition insgesamt zeige sich den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Energie-, Finanz- oder Verkehrspolitik bisher nicht gewachsen. Auch die geplante Föderalismusreform führe nur zu mehr Kleinstaaterei im Umweltrecht und zu sinkenden Standards. (mb) ■

#### • Weitere Informationen

BUND, Pressestelle, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-425, Fax -449  
eMail: presse@bund.net  
www.bund.net  
100-Tage-Umweltbilanz:  
www.bund.net/lab/reddot2/pdf/  
100\_tage\_schwarz\_rot.pdf

### 100-Tage-Bilanz des Umweltministers

**Gute Noten für Klima- und Energiepolitik, schlechte für Agrar und Chemie**  
Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat sich Ende Februar zufrieden mit den Ergebnissen seiner ersten 100 Arbeitstage gezeigt. Als Beispiele nannte er die Verdoppelung der Fördermittel für erneuerbare Energien auf 90 Millionen Euro oder die 1,4 Milliarden Euro jährlich für das Gebäudesanierungsprogramm. Beide Maßnahmen tragen zur Reduzierung der Treibhausgase bei. Die Klima-, Energie- und Atompolitik bewerteten auch der BUND und der NABU positiv. Aus Sicht der Umweltverbände stehen diesen Erfolgen aber erhebliche Streichungen der Beihilfen für den ländlichen Raum gegenüber. Auch die EU-Chemikalienrichtlinie sei so sehr verwässert worden, dass Mensch und Umwelt nicht mehr ausreichend geschützt seien, so der BUND. Minister Gabriel solle sich im weiteren Gesetzgebungsverfahren für einen besseren Umwelt- und Verbraucherschutz einsetzen.

#### Nationales Naturerbe gesichert

Zu den gelungenen Maßnahmen zählte Gabriel die auf den Weg gebrachte Plaketenverordnung zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung, das Fluglärmgesetz sowie die Meldung von deutschen Naturschutzgebieten nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) an die EU. Außerdem verhinderte der Minister den Verkauf potenzieller Naturschutzflächen an private Nutzer. Das lobte der NABU, der die Privatisierungspläne heftig kritisiert hatte. Bis zu 125.000 Hektar könnten nun in die vom NABU getragene Stiftung Nationales Naturerbe überführt werden. Die Umweltverbände hoffen, dass Gabriel bei seiner Zusage für den Atomausstieg standhaft bleibt. Anfang April ist ein Energiegipfel der Großen Koalition geplant. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn  
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200  
eMail: nabu@nabu.de  
www.nabu.de

### DNR fordert neuen Anlauf bei Föderalismusreform

#### Warnung vor zersplittertem Umweltrecht

Zur Anhörung des Unterausschusses des Deutschen Bundestages Anfang Februar hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) von Bund und Ländern einen neuen Anlauf zur Neufassung der Gesetzskompetenzen beim Umweltschutz gefordert. Die historische Chance zur Neuordnung des Umweltrechts durch die Schaffung eines umfassenden Kompetenztitels Recht des Umweltschutzes bei der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes müsse genutzt werden, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen.

Zusammen mit der Streichung der Erforderlichkeitsklausel, die für Gesetzgebungsaktivitäten des Bundes umfangreiche Anforderungen vorsieht, könne dank der einheitlichen Kompetenz des Bundes beim Umweltschutz ein umfassendes Umweltgesetzbuch entstehen. Damit könne ein wesentlicher Beitrag zur Konzentration des Umweltrechts und der vielfach geforderten Vereinfachung und besseren Durchführung des bisher zersplitterten Umweltrechts geleistet werden.

Die bisher vorgesehene Ablösung der Rahmengesetzgebung für die Bereiche Naturschutz und Landschaftspflege sowie Wasserhaushalt durch die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes mit weitreichenden Abweichungsrechten der Länder erfülle die Anforderungen nach einer klaren Trennung der Kompetenzen, länderübergreifenden Erfordernissen und den Vorgaben des EU-Rechts nicht.

Der DNR verlangt daher von Bundestag und Bundesrat, den Umweltschutz bei der Föderalismusreform neu zu verhandeln. Die Ministerpräsidenten der Länder haben dies jedoch Anfang März bereits abgelehnt. (if) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: sekretariat@dnr.de  
www.dnr.de

## Medien verschweigen brisante Umwelt-Themen

### Am meisten vernachlässigte Themen des Jahres 2005 gekürt

Aus der Fülle wichtiger Themen, über die in den Medien nur unzureichend berichtet wird, hat die Initiative Nachrichtenaufklärung im Februar die „Top Ten der vernachlässigten Themen 2005“ gewählt. Die Hälfte davon sind diesmal Umwelt-, Energie- und Agrarthemen. Der 13-köpfigen Jury, in der keine Umwelt-Journalisten oder -Experten sitzen, lagen in diesem Jahr 127 Vorschläge vor.

Die Top Ten im Einzelnen:

1. Korruptionsbekämpfung durch die UNO - Deutschland ist nicht dabei

2. Bedenklicher Einsatz von Wahlmaschinen - auch in deutschen Kommunen

### 3. Der Pestizid-Bumerang: Die verbotenen Gifte kommen zurück

Pflanzenschutzmittel, die in Deutschland verboten sind, werden weiterhin ganz legal für den Export produziert. Im außereuropäischen Ausland gelangen sie auf Obst und Gemüse, das dann wieder importiert werden kann. Das hochgiftige und krebserregende Pestizid Lindan wurde beispielsweise von Greenpeace in Karotten gefunden, die aus Algerien stammten und in deutschen Supermärkten verkauft wurden. Im Jahr 2005 exportierte mindestens ein deutsches Unternehmen Lindan nach Algerien.

### 4. Irakische Bauern müssen Lizenzgebühren für Saatgut zahlen

Irakische Bauern drohen in eine Schulden Spirale zu geraten. Der ehemalige US-Zivilverwalter im Irak, Paul Bremer, hat ein Patentrecht eingeführt, das sie dazu zwingt, teure Lizenzgebühren für patentiertes Saatgut zu zahlen. Da sie aufgrund des Krieges kaum noch über eigenes, traditionelles Saatgut für den Nachbau verfügen, sind sie auf das patentierte Saatgut internationaler Saatgutkonzerne wie Monsanto oder Bayer angewiesen. Ein Weg zurück ist kaum mehr möglich. In Afghanistan, Sri Lanka und Indien drängen die Konzerne den eigenen Nachbau über bilaterale Freihandelsverträge zurück.

5. Geheimdienste überwachen unkontrolliert die digitale Kommunikation in Europa

### 6. Fehler im System: Wie der „Grüne Punkt“ ausgehebelt wird

Totalverweigerer, Schiebereien, Fälschungen: Rund um die Müllverwertung in Deutschland gibt es etliche fragwürdige Praktiken. Seit 1990 sammelt und trennt das „Duale System Deutschland“ (DSD) den Müll. Nach Angaben des DSD sind aber nur 60 Prozent aller verkauften Verpackungen überhaupt lizenziert. Weiterer Knackpunkt: Die EU-Kommission hat entschieden, dass das Unternehmen auf seinen „Grünen Punkt“ kein Copyright erheben darf.

Seitdem kann jeder Verpackungshersteller auf seine Produkte das Signet drucken, ohne Lizenzgebühren zu bezahlen. So entsorgt die Drogeriekette „dm“ ihre Verpackungen selbst und zeichnet diese trotzdem mit dem Symbol aus. Einige Selbstentsorger nehmen in ihren Filialen nicht genug Abfall zurück, um ihre Wiederverwertungsquoten zu erfüllen. So kam es in den vergangenen Jahren zu einem virtuellen Handel mit so genannten Wiegescheinen. Fachleuten und Behörden ist das bekannt, dennoch geschieht nichts.

### 7. Deutschland verschläft die Energiewende

Deutschland bezieht derzeit 84 Prozent seines Primärenergiebedarfs aus fossilen Energieträgern. Obgleich diese nur noch wenige Jahrzehnte verfügbar sind und die Nachfrage weltweit steigt, will die Bundesregierung den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 10 Prozent des Primärenergiebedarfs steigern - heute sind es 3,6 Prozent.

Ein hundertprozentiger Ersatz der fossilen Energieträger ist weder geplant noch in Sicht. Um die absehbare Versorgungslücke zu schließen, müssten wesentlich intensivere Anstrengungen unternommen werden. Zwar wird über neue Energien und auch über das Ende der fossilen Energien berichtet, nicht jedoch darüber, dass es keinen adäquaten Ersatz gibt.

8. EU-Chaos beim Digitalen Fahrten-schreiber - übermüdete Lkw-Fahrer

### 9. Schmutzige Kredite aus Deutschland zerstören die Umwelt in Sibirien

Mit Geldern aus Deutschland zerstören russische Ölfirmen die Umwelt in Westsibirien. Im Juli 2002 hat die WestLB einen Kredit in Höhe von 440 Millionen Dollar an die Firma Sibneft vergeben. Da das Geld

an kein bestimmtes Projekt gebunden ist, gelten die von der Weltbank formulierten Richtlinien für den Schutz der Umwelt nicht. Sibneft lässt die Pipelines verrotten. Bis zu sieben Prozent des transportierten Öls sickert durch Leckagen in die Wälder und Gewässer. Verschmutztes Grundwasser fließt in die Leitungen der Haushalte in den Regionen. Krebs und Blutkrankheiten sind die Folgen bei Kindern und Erwachsenen.

10. Vom Petro-Dollar zum Petro-Euro: Iran plant neue Öl Börse

### Die Initiative Nachrichtenaufklärung

Die Initiative Nachrichtenaufklärung wurde 1997 von Peter Ludes, heute Professor für Mass Communication an der International University Bremen, ins Leben gerufen. Sie wird zum großen Teil von Recherche-Seminaren an den Universitäten Bonn (Kommunikationswissenschaft) und Dortmund (Journalistik) getragen. Seit dem Wintersemester 2002/2003 liegt die Koordination des Projekts bei Professor Horst Pöttker am Institut für Journalistik der Universität Dortmund. ■

Gastautorin: Corinna Blümel, Initiative Nachrichtenaufklärung

### • Weitere Informationen

Vorschläge für 2006 an:  
Initiative Nachrichtenaufklärung,  
Prof. Dr. Horst Pöttker, Universität  
Dortmund, Institut für Journalistik  
Tel. 0231 / 755-2827  
[www.nachrichtenaufklaerung.de](http://www.nachrichtenaufklaerung.de)

### Lesenswert

#### Leitfaden für Umwelt-PR

„Umweltpolitik der Zukunft wird zu einem erheblichen Teil eine Frage der Kommunikation sein.“ Von dieser These ausgehend analysieren Experten in Teil 1 dieses Leitfadens die Öffentlichkeitsarbeit für Umweltthemen. Teil 2 vermittelt praktische Beispiele der Umwelt-PR. Die Autorinnen und Autoren kommen aus der Praxis und vom Fachbereich Kommunikationswissenschaften der Uni Hohenheim. Der Leitfaden deckt eine breite Palette von der klassischen Pressemitteilung über Vortragsveranstaltungen bis zu umfangreichen Kampagnen ab. Im Fokus der Beiträge steht die Frage, wie jeweils ein Kommunikationsproblem zu lösen ist. Umweltprobleme müssen, so die Experten, sachlich richtig dargestellt werden, ohne „pessimistischen Fatalismus“ oder „optimistischen Leichtsinn“. Fakten und Zusammenhänge einfach und klar schildern, ohne die notwendige Sorgfalt zu vernachlässigen oder Katastrophenstimmung zu verbreiten, ist das A und O einer gelungenen Umwelt-PR. (mbu) Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (Hg.): PRo Umwelt - Der Leitfaden für Umwelt-PR, Neckar-Verlag, Villingen-Schwenningen 2005, 212 S., 9,80 Euro, ISBN: 3-7883-1889-9

#### Grenzen des Wachstums im Widerstreit der Meinungen

Die Wirtschaft kann nicht endlos wachsen, weil dies auch zunehmenden Naturverbrauch bedeutet. Die hochentwickelten Länder, deren Naturverbrauch pro Kopf zehn- oder hundertfach höher liegt als in armen Gesellschaften, müssen ihr Wachstum beenden, schlussfolgert der Autor. Der Professor an der Hochschule für Philosophie München legt zunächst seine Annahmen und Berechnungsmethoden offen und ermittelt dann: Das globale Potenzial reicht für etwa neun Milliarden Menschen, aber nur wenn die reichen Länder ihren Naturverbrauch in 30 Jahren mindestens halbieren und die Schwellenländer ihn maximal verdreifachen. Die ärmsten Länder könnten ihn dann verfünffachen oder verzehnfachen. Die Einkommensschere könnte sich von 1:65 auf 1:8 schließen. Dann könne erwartet werden, dass die Weltbevölkerung nach 2050 zurückgeht. Die Grenzen des Wachstums zeigen sich derzeit vor allem am knappen Erdöl. Deshalb wird am Beispiel des Öls dargelegt, wie ein Entwicklungspfad in den

drei Dimensionen der Nachhaltigkeit - ökologisch, sozial, ökonomisch - aussehen könnte. (mb)

Paul Erbrich: Grenzen des Wachstums im Widerstreit der Meinungen, Kohlhammer, Stuttgart 2004, 272 Seiten, 35,- Euro, ISBN 3170181300



## Multimedia-Wettbewerb startet neue Staffel

### „Naturdetektive“ verbinden Umweltbeobachtung und Internet

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat zur Bildungsmesse didacta Ende Februar in Hannover die neue Staffel des Jugend-Multimediateilprojektes „Naturdetektive“ gestartet. Gleichzeitig verlieh er im Namen der Unesco dem Bildungsprojekt des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) den Titel „offizielles Unesco-Dekade-Projekt“.

Auch in diesem Jahr gibt es den Wochenwettbewerb und den internationalen Wettbewerb zur biologischen Vielfalt. Mit dem internationalen Wettbewerb wird die Zusammenarbeit mit Palau, einem Inselstaat im Pazifik, weiter ausgebaut.

### Themenvielfalt und eigene Gestaltungsmöglichkeiten

In diesem Jahr laden zwölf Themen zum Mitmachen ein. Zu den acht Arbeitsthemen gehören:

- Wasser und seine Bewohner,
- Wald und Holz,
- Bäume des Jahres,
- Sprungspinne,
- Wandernde Tiere,
- Vielfalt Bauernhof,
- Nachwachsende Rohstoffe und
- Naturdenkmäler.

Drei reine Beobachtungsthemen beschäftigen sich mit

- dem Buschwindröschen,
- dem Kuckuck und
- dem Mauersegler.

Beobachtungen zu diesen drei Themen können in der neuen Naturdetektive-Staffel erstmals auch über die Landesgrenzen Deutschlands hinweg in eine Karte eingetragen werden. Ziel ist es, die Wanderbewegung des Frühlings sichtbar zu machen. Ein freies Thema beinhaltet die Gestaltung eigener Reporterseiten sowie ein wachsendes Naturdetektive-Lexikon, an dem alle Naturdetektive gleichberechtigt mitarbeiten können. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Bundesamt für Naturschutz, Dr. Horst Freiberg und Brigitte Mohn, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn  
Tel. 0228 / 8491-0, Fax -200  
eMail: bfn@bfn.de  
www.naturdetektive.de

## Auf der Suche nach dem „Erlebten Frühling 2006“

### Naturschutzjugend startet neue Staffel der jährlichen Aktion

Zum Frühlingsbeginn Mitte März ruft die Naturschutzjugend (NAJU) auch in diesem Jahr Kinder im Alter von 5 bis 13 Jahren dazu auf, sich mit dem „Erlebten Frühling 2006“ auf Entdeckungsreise in die Natur zu begeben. Die vier Frühlingsboten sind dieses Jahr

- Eintagsfliege,
- Wasserspitzmaus,
- Kleiber und
- Schwarzerle.

### Lebensraum Bach als diesjähriger Schwerpunkt

Schwerpunkt des Erlebten Frühlings 2006 ist der „Lebensraum Bach“. In den umweltpädagogischen Begleitmaterialien werden ausführliche Informationen zu den vier Frühlingsboten und ihrem Lebensraum, Beobachtungstipps, Projektvorschläge, Spielideen und Erkundungsbögen für verschiedene Altersstufen aufbereitet angeboten. Die NAJU möchte dabei den teilnehmenden Kindern vermitteln, dass eigenes Tun positive Veränderungen in der Umwelt bewirken kann. Dazu stehen die pädagogischen Begleitmaterialien Kinder- und Wissensheft, Handreichung und Plakat in bewährter Qualität bereit.

### Wettbewerb lädt zum Mitmachen ein

Kinder und Jugendliche, die ihre Erlebnisse dann kreativ verarbeiten möchten, können beim Wettbewerb „Erlebter Frühling 2006“ mitmachen. Als Wettbewerbsbeiträge können Foto-Dokumentationen, Entwürfe und Modelle zu Renaturierungsmaßnahmen am Bach, Collagen, Plakate, Infotafeln, Landart, Projektmappen und vieles andere mehr eingereicht werden. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Einsendeschluss für alle Beiträge ist der 30. Juni 2006. Tolle Preise rund um Natur und Umwelt warten auf die Sieger. Am Wettbewerb können Gruppen und Einzelpersonen teilnehmen. (if, ez) ■

### • Weitere Informationen

NAJU Bundesgeschäftsstelle, Herbert-Rabius-Straße 26, 53225 Bonn,  
Tel. 0228 / 4036190  
eMail: ef@naju.de  
www.erlebter-fruehling.de

## Bundesforsten erhalten FSC-Zertifikat

### Erste Zertifikate für Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

Wie 2002 von der rot-grünen Bundesregierung vereinbart, wurden dieses Jahr die Bundesforsten in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein FSC-zertifiziert. Der Forest Stewardship Council (FSC) ist eine internationale nichtstaatliche Dachorganisation mit dem Ziel, den Erhalt der Wälder durch ihre umweltgerechte, sozial verträgliche und wirtschaftlich tragfähige Bewirtschaftung zu gewährleisten. Dazu hat der FSC ein weltweit gültiges Prüfsiegel für Holzprodukte geschaffen, das auf der Einhaltung von zehn international verbindlichen Prinzipien und Kriterien beruht.

### Nachhaltige Waldwirtschaft in Teilen bundeseigener Wälder geplant

Diese Flächen umfassen 32.000 ha. Langfristig sollen weitere bundeseigene Waldflächen nach den Richtlinien des FSC bewirtschaftet und zertifiziert werden. Die Gesamtfläche der Bundesforsten liegt bei 600.000 ha, davon können rund 145.000 ha FSC-zertifiziert werden.

### Keine Zertifizierung militärisch genutzter Flächen

Die Umsetzung des Vorhabens wurde bis jetzt dadurch verzögert, dass militärisch genutzte Flächen vom FSC nicht zertifiziert werden. Eine weitere Hürde war die Überführung der Bundesvermögens- und Bundesforstverwaltung in die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Forest Stewardship Council (FSC),  
Christina Hering, Arbeitsgruppe  
Deutschland e.V., PF 58 10, 79026  
Freiburg  
Tel. 0761 / 38653-50, Fax -79  
eMail: info@fsc-deutschland.de  
www.fsc-deutschland.de

## Finanzierung von Natura 2000 und LIFE+ weiter schwierig

### Lobbyarbeit in Straßburg und Berlin dringend nötig

Die Finanzierung von Natura 2000<sup>1</sup> und LIFE+ bleibt weiterhin problematisch (siehe EUR 10.05 S. 35, EUR 08/09.05, S. 38). Neben dem Struktur- und dem ländlichen Entwicklungsfonds stellen der Fischereifonds und LIFE+ weitere Finanzierungsquellen von Natura 2000 dar. Im Rahmen der allgemeinen Budgetkürzungen bleiben auch diese Programme nicht verschont.

► LIFE+ ist ein Finanzierungsinstrument, das andere Umweltprogramme sowie die Forschungsausgaben der EU für den Bereich Umwelt ergänzen soll. Das Ko-Finanzierungsprogramm soll mit dem neuen Haushaltsjahr 2007 in Kraft treten und bis 2013 1,5 Milliarden Euro bereitstellen. Ursprünglich war eine Summe von über 2,19 Milliarden Euro geplant. Bis Mai besteht die Chance für die Verbände, sich bei den Europa-Parlamentarier/innen noch einmal für eine Erhöhung des Budgets von LIFE+ einzusetzen.

► Die Mitgliedstaaten müssen zudem bis 2007 nationale Umsetzungsprogramme für LIFE+ erarbeiten und der Kommission vorlegen. Andreas Baumüller vom Europabüro des WWF machte darauf aufmerksam, dass sich die Verbände jetzt bei ihrer nationalen Regierung dafür einsetzen müssen, dass Natura 2000 einen prominenten Platz in diesen nationalen Programmen bekommt.

### WWF-Workshops zur „Finanzierung von Natura 2000“

Im Auftrag der Kommission wird der WWF Deutschland in Zusammenarbeit mit dem NOVA-Institut für politische und ökologische Innovationen und dem Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) insgesamt 33 Workshops zum Thema „Finanzierung von Natura 2000 in der Förderperiode 2007-13“ in Deutschland und in allen anderen EU-Mitgliedstaaten durchführen. Auf die einzelnen Länder zuge-

schnitten soll die Nutzung der Fonds erklärt werden, ein Handbuch soll den Teilnehmer/innen als Leitfaden und Nachschlagewerk dienen.

### Auch Umweltverbände sollen an Workshops teilnehmen

► Dieses Angebot richtet sich vor allem an die nationalen Behörden. Für eine effektive Umsetzung von Natura 2000, so meint Andreas Baumüller, ist es wichtig, dass auch die Umweltverbände an diesen Workshops teilnehmen. Da die nationalen Regierungsstellen für die Einladung zuständig sind, müssen sich die Verbände direkt an die Behörden des Bundes wenden. Eine Auftaktveranstaltung fand Mitte Februar in Deutschland statt. (cd) ■

### • Weitere Informationen

WWF Europa, Andreas Baumüller, Avenue de Tervuren 36, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7400921  
eMail: abaumuller@wwfepo.org  
www.panda.org

Informationen zu den Workshops:  
WWF Deutschland, Peter Torkler, Berlin  
030 / 30874215  
eMail: torkler@wwf.de  
[http://forum.europa.eu.int/Public/irc/env/financing\\_natura/library?l=/workshops&vm=detailed&sb=TitleFFH](http://forum.europa.eu.int/Public/irc/env/financing_natura/library?l=/workshops&vm=detailed&sb=TitleFFH)

## Zwangsgeld gegen Deutschland abgewendet

### FFH-Nachmeldungen: Forderungen der EU-Kommission fristgerecht erfüllt

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat Mitte Februar 21 zusätzliche Gebiete, die von den Bundesländern nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) ausgewiesen wurden, nach Brüssel gemeldet. Damit hat laut Gabriel Deutschland sämtliche von der EU-Kommission angemahnten Nachmeldungen und alle Forderungen im Rahmen eines Zwangsgeldverfahrens fristgerecht erfüllt. „Ich bin sehr optimistisch, dass die EU-Kommission nach Prüfung der nun vorgelegten FFH-Nachmeldungen das Verfahren gegen Deutschland einstellen und somit die Zahlung hoher Strafgebühren abwendet wird“, sagte Gabriel.

Wegen mangelhafter Umsetzung der FFH-Richtlinie hatte die Europäische Kommission im Dezember 2005 im Rahmen des seit April 2003 laufenden Zwangsgeldverfahrens ein letztes Mahnschreiben an Deutschland geschickt, in dem die noch bestehenden Meldedefizite der Länder im Detail und eine Meldefrist bis zum 19. Februar benannt wurde (vgl. EUR 02.06, S. 29). Bei nicht erfolgter fristgerechter Nachmeldung wäre mit einer Klage der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof, einem Strafgebühren in zweistelliger Millionenhöhe sowie zusätzlich einem Zwangsgeld von bis zu 900.000 Euro pro Tag bis zur vollständigen Nachmeldung der Gebiete zu rechnen gewesen.

Hauptkritikpunkt der Kommission waren die fehlenden Meldungen an den Ästuare (Flussmündungen) von Ems, Weser, Elbe und Trave durch die zuständigen Küstenländer. Diese wurden nun vollständig als FFH-Gebiete nach Brüssel gemeldet. „Nachdem die FFH-Meldungen nun abgeschlossen sind, kommt es jetzt darauf an, das ökologische Netz Natura 2000 mit Leben zu füllen“, kommentierte der Umweltminister. (bv) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Claus Mayr, EU-Naturschutzrechtsexperte, Bonn  
Tel. 0228 / 4036-166, Fax -203  
eMail: claus.mayr@nabu.de  
www.nabu.de

Quelle:  
BMU Pressedienst Nr. 027/06

<sup>1</sup> „Natura 2000“ ist die Bezeichnung für ein zusammenhängendes ökologisches Netz besonderer Schutzgebiete in der EU. Natura 2000 ist das wichtigste Instrument der EU, um den Verlust von Biodiversität bis 2010 zu stoppen. Grundlage für dieses Schutzgebietssystem bilden die Vogelschutz-Richtlinie von 1979 und die Fauna-Flora-Habitat- (FFH-)Richtlinie von 1992.

## Bündnis gegen Urwaldvernichtung

### NGOs fordern Wandel bei Papierherstellung und Biosprit

Vertreter/innen von Greenpeace, WWF, Robin Wood, Urgewald, Forest Ethics und Friends of the Earth Finnland rufen in einem gemeinsamen Papier zu einem niedrigeren Papierverbrauch und einer nachhaltigen Papierherstellung auf. Das Dokument wurde Ende Januar auf der internationalen Messe für den Papierhandel „Paper World“ in Frankfurt am Main vorgestellt.

In dem Papier appelliert das Bündnis an die Industrie, das Recycling-Material maximal zu nutzen, die Artenvielfalt zu schützen, die Landrechte der lokalen Bevölkerung zu respektieren und Arbeitsplätze zu schaffen. In einer in dem Papier enthaltenen Agenda sind die Mindestanforderungen für die nächsten zehn Jahre aufgeführt, die dazu beitragen sollen, die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen weltweit zu reduzieren. Auf lange Sicht soll der Papierverbrauch auf 50 Prozent zurückgehen, die Produktion durch die maximale Ausschöpfung von Recyclingmaterial deutlich unabhängiger von Primärfasern werden und Artenvielfalt, Rechte der Bevölkerung und soziale Standards in den Einschlaggebieten von der Industrie stärker beachtet werden. Die Papierproduktion soll langfristig auf dem Konzept „Null Abfall, null Schadstoffemissionen“ basieren.

### Hintergrund

Deutschland und auch Europa insgesamt leben auf großem Fuß. Der „ökologische Fußabdruck“ aller Europäer/innen ist mehr als doppelt so groß als ihnen an Biokapazität zur Verfügung steht und ist seit den frühen 1960er Jahren um 70 % gestiegen. Der Papierverbrauch in Europa liegt bei 200 kg pro Kopf und 80 Mio. Tonnen pro Jahr. Das ist viermal so hoch wie der globale Durchschnitt.

90 % der für die Papierherstellung benötigten Fasern stammen aus Wäldern und Plantagen. „Urwälder werden vernichtet, nur damit europäische Papierunternehmen ganz alltägliche Produkte wie Zeitungen, Zeitschriften und Toilettenpapier herstellen und an eine nicht ausreichend informierte Kundschaft verkaufen“, erklärt Gavin Edwards, Koordinator der weltweiten Kampagne bei Greenpeace. Nach An-

sicht der Verbände kann der Waldeinschlag durch eine nachhaltigere Forstverwaltung, Recycling und den Gebrauch alternativer Fasern aus der Landwirtschaft gesenkt werden.

### Papierindustrie führt Leitlinien ein

Die europäische Papierindustrie hat Ende Januar Leitlinien eingeführt, um einer verminderten Qualität bei wieder aufgearbeitetem Altpapier vorzubeugen. Hintergrund sind die steigenden Recycling-Anteile. Durch optimale Verfahren in der Wiederaufbereitungskette und zusätzlichen Schritten bei der Verpackung von Lebensmitteln sollen die Leitlinien zu einer verantwortungsvollen Beschaffung von wieder aufgearbeitetem Papier beitragen.

### „Kein Regenwald in den Tank!“

► Nach einer großen Protestmail-Aktion der Organisation „Rettet den Regenwald“ ist die Deutsche Bank Mitte Januar aus der Finanzierung eines ökologisch und sozial katastrophalen Zellstoffwerkes auf Borneo ausgestiegen. Immer noch involviert ist die österreichische Raiffeisen-Zentralbank. Die Umweltorganisation ruft zu weiteren Protestaktionen auf.

► In einer neuen EU-Richtlinie zu Biodiesel und Ethanol sieht die EU-Kommission auch den Import dieser Kraftstoffe vor. Da für die Gewinnung beispielsweise brasilianisches Zuckerrohr oder indonesisches Palmöl verwendet wird, sind dadurch auch Regenwaldflächen von Zerstörung bedroht. „Rettet den Regenwald“ ruft dazu zu einer Protestmail-Aktion auf. (db) ■

### • Weitere Informationen

Robin Wood, Papierkampagne, Peter Gerhardt, Bremen  
Tel. 0171 / 8359515  
eMail: papier@robinwood.de  
www.robinwood.de/papier

### Fast ein Drittel mehr Fluggäste innerhalb von drei Jahren

#### VCD fordert Kerosinsteuer bei Inlandsflügen

Der Flugverkehr in Deutschland ist 2005 erneut stark gewachsen. Laut Statistischem Bundesamt nutzten vergangenes Jahr 147 Millionen Menschen in Deutschland das Flugzeug, das sind 7,3 Prozent mehr als 2004. Im Zeitraum von drei Jahren ist damit die Zahl der Fluggäste um knapp 29 Prozent gestiegen. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) warnte angesichts dieser Entwicklung vor den Folgen für Klima und Gesundheit und forderte ein Ende der Steuerfreiheit von Flugbenzin.

Eine Kerosinbesteuerung bei Inlandsflügen würde dem Staat nach Angaben des VCD rund 400 Millionen Euro Einnahmen bringen. Außerdem dürften Regionalflughäfen nicht mehr „flächendeckend“ subventioniert werden; davon profitierten vor allem die Billigflieger. Die umweltschonende Bahn sei durch diese Wettbewerbsverzerrung nicht mehr konkurrenzfähig.

Der Anstieg bei den Fluggast-Zahlen ging vor allem auf die Entwicklung im internationalen Flugverkehr zurück. Hier stieg die Zahl der Fluggäste um acht Prozent auf 125 Millionen Passagiere. Die Steigerungsrate bei den Inlandsflügen (22 Millionen Fluggäste) lag bei 2,7 Prozent. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Ulrich Kohnen, Projektleitung Flugverkehr, Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: [ulrich.kohnen@vcd.org](mailto:ulrich.kohnen@vcd.org)  
[www.vcd.org](http://www.vcd.org)

### Mehrheit der Deutschen will Urlaub in heimischer Natur

#### Umfrage: Naturparks haben sehr hohen Stellenwert für Touristen

Fast drei Viertel der Deutschen möchten einer EMNID-Studie zu Folge am liebsten Urlaub in den Naturschutzgebieten im eigenen Land machen. Gut 90 Prozent der Befragten halten die deutschen Naturlandschaften für wichtig oder sehr wichtig. Die Studie wurde beim Reisepavillon in Hannover, der internationalen Messe für anderes Reisen, präsentiert. Das Ergebnis ist Wasser auf die Mühlen der Initiative der deutschen Schutzgebiete, die für die Großschutzgebiete die neue Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ einführen will.

#### Naturlandschaften weiter schützen

Unter dieser Dachmarke werben 14 Nationalparks, 14 Biosphärenreservate und 95 Naturparks für die deutschen Schutzgebiete. Verantwortlich für die Umsetzung der Dachmarke sind Europarc Deutschland und der Verband Deutscher Naturparke (VDN). Das Bundesumweltministerium, das Bundesamt für Naturschutz und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) unterstützen das Projekt finanziell. Außerdem fließen Gelder aus Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

VDN und Europarc wollen mit der Marke „Nationale Naturlandschaften“ Sympathie für die deutschen Parks schaffen sowie Anreize für ihren Besuch und ihren Schutz geben. Das „Jahr der Naturparke 2006“, dessen Auftakt auf dem Reisepavillon gefeiert wurde, ist ein erster Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verband Deutscher Naturparke (VDN), Ulrich Köster, Görresstraße 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 921286-0, Fax -9  
eMail: [info@naturparke.de](mailto:info@naturparke.de)  
[www.naturparke.de](http://www.naturparke.de)  
[www.nationale-naturlandschaften.de](http://www.nationale-naturlandschaften.de)

Stattreisen Hannover e.V., Hausmannstraße 9-10, 30159 Hannover  
Tel. 0511 / 16-941 66, Fax -4 03 91  
[info@stattreisen-hannover.de](mailto:info@stattreisen-hannover.de)  
[www.stattreisen-hannover.de](http://www.stattreisen-hannover.de)

### Kurzmeldungen

#### Deutsche Speditionen protestieren gegen höhere Maut für Lkw

Der Bundesverband deutscher Transportunternehmen (BGL) hat den Gang vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) angekündigt, nachdem die EU-Kommission die von der Bundesregierung geplante Mauterstattung im Februar ablehnte. Als Ausgleich für die hohen Spritkosten sollte den Spediteuren in Deutschland ein Teil der Mineralölsteuer erlassen werden. Die Kommission sah darin einen Verstoß gegen den fairen Wettbewerb. Das Verkehrsministerium prüft derzeit alternative Mauterstattungsverfahren. (mbu)  
Quelle: Environment Daily, 25.01.2006  
[www.bgl-ev.de](http://www.bgl-ev.de)

#### Schadstoffplaketten gegen Feinstaub

Die Bundesregierung plant zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung Schadstoffplaketten für Pkw und Lkw einzuführen. Die Verordnung sieht fünf Schadstoffklassen und vier nummerierte Plaketten vor. Keine Plakette bekommen Autos mit einem so hohen Schadstoffaustausch, dass sie nicht einmal die Euronorm 2 erreichen. Diesel-Pkw mit Partikelfilter sowie Benzinautos mit geregelter Katalysator erhalten die Plakette für den niedrigsten Schadstoffausstoß. Eine Plakettenpflicht soll es nicht geben, aber im Falle eines Fahrverbots oder der Einrichtung von Umweltzonen in Innenstädten empfiehlt es sich eine Plakette zu haben. Der Verordnung muss noch der Bundesrat zustimmen. (mbu)  
BMU, Tel. 01888 305-0, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

#### Ferienwandern 2006 - Planungshilfe für den Wanderurlaub

Das Magazin Ferienwandern des Deutschen Wanderverbandes präsentiert auf 100 Seiten rund 300 mehrtägige geführte Wanderungen, informiert über Unterkünfte und gibt Tipps für Wanderer. Die ausgebildeten, meist ehrenamtlichen Wanderführer bieten Touren am Nordseestrand, im Mittelgebirge und in den Alpen, zum Nordkap oder durch die nordafrikanische Wüste. Wer seine Tour lieber selbst organisiert, kann unter 114 Unterkünften in Deutschland und im Ausland ein passendes Angebot auswählen. (mbu)  
Ferienwandern 2006, 100 S., Hrsg./ Bezug (3,50 Euro Versand): Deutscher Wanderverband  
Tel. 0561 / 93873-0, Fax -10,  
e-Mail: [info@wanderverband.de](mailto:info@wanderverband.de)  
■

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## März

9.-16.3., Berlin

### globale06 - Das

### globalisierungskritische Filmfestival

Medienkombinat

Tel. 030 / 78913457

[info@globale-filmfestival.de](mailto:info@globale-filmfestival.de)

[www.globale-filmfestival.de](http://www.globale-filmfestival.de)

10./11.3., Bremen

### 3. Bremer Fahrrad-Kongress:

### Kinder erfahren die Stadt

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC)

Tel. 0421 / 7011-79, Fax -59

[fahrradkongress@adfc-bremen.de](mailto:fahrradkongress@adfc-bremen.de)

[www.bremerfahrradkongress.de](http://www.bremerfahrradkongress.de)

10.-12.3., Böblingen

### erneuerbare energien 2006

Messe, Kongress, Veranstaltungen; erneuerbare energien Kommunikations- und Informationsservice, Miriam Hegner  
Tel. 07121 / 3016-0, Fax -100  
[redaktion@energie-server.de](mailto:redaktion@energie-server.de)  
[www.erneuerbareenergien.com](http://www.erneuerbareenergien.com)

16./17.3., Lampertheim (Hessen)

### 3. Bundeskongress Wirtschaft in Bewegung

Webarkaden Vertriebsbüro, Wiesloch

Tel. 06222-4142, Fax -4147

[mgrix@wirtschaftinbewegung.com](mailto:mgrix@wirtschaftinbewegung.com)

[www.wirtschaftinbewegung.com](http://www.wirtschaftinbewegung.com)

16/17.3., Mannheim

### ÖPNV als Motor der Stadt und Regionalentwicklung

Tagung; Vereinigung für Stadt-, Regional und Landesplanung (SRL)

Tel. 030 / 2787468-0, Fax -13

[info@srl.de](mailto:info@srl.de)

[www.srl.de/termine/](http://www.srl.de/termine/)

[termin.php4?id=2193](http://termin.php4?id=2193)

16.3., Neumarkt i.d.OPf.

### Vorfahrt für Arbeit - Impulse für regionales Marketing

Landratsamt Neumarkt i.d.OPf., Werner Thumann,

Tel. 09181 / 470-337, Fax -6837

[thumann.werner@landkreis-neumarkt.de](mailto:thumann.werner@landkreis-neumarkt.de)

17.3., Berlin

### Zukunftskonferenz: Vielfältig sein und nachhaltig werden - natürlich geschlechtergerecht

DNR-Projekt Gender Greenstreaming, Hannover

Anja Thiem, Tel. 04131 / 677-2967

Karin Fischer, Tel. 04131 / 677-2185

[gendergreen@uni-lueneburg.de](mailto:gendergreen@uni-lueneburg.de)

[www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=13](http://www.dnr.de/dnr/projekte/projekt.php?id=13)

17./18.3., Heidelberg

### Ökologie contra soziale Gerechtigkeit?

Kongress: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Alexander Schlager

Tel. 07071-942436, Fax -371192

[post@rlf-bw.de](mailto:post@rlf-bw.de)

[www.rlf-bw.de](http://www.rlf-bw.de)

22.-24.3., Bonn

### Gentechnisch verändertes Getreide in Entwicklungsländern

Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)

Tel. 06196 / 79-1416, Fax -7137

[stephan.krall@gtz.de](mailto:stephan.krall@gtz.de)

[www.gtz.de/beaf](http://www.gtz.de/beaf)

## April

5.4., Wien

### Marsch für ein gentechnikfreies Europa

Plattform Gentechnikfreie Regionen und Länder, Michael Johann, Österreich

Tel. 0043 / 664 / 2668548

[michael.johann@aon.at](mailto:michael.johann@aon.at)

[www.gmofree-europe.org](http://www.gmofree-europe.org)

7.-9.4., Bonn

### Zeitbombe Atomenergie - 20 Jahre nach Tschernobyl

Kongress; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Berlin

Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166

[uhe@ipnw.de](mailto:uhe@ipnw.de)

[www.tschernobylkongress.de](http://www.tschernobylkongress.de)

8.4., weltweit

### Internationaler Aktionstag gegen gentechnisch veränderte Organismen

Alter Campagne, Jürgen Binder

Tel. 07472 / 442370

[binder@gendreck-weg.de](mailto:binder@gendreck-weg.de)

<http://altercampagne.free.fr>

18.-21.4., Strausberg bei Berlin

### Gentechnik-freie Tage

BUNDjugend, Potsdam

Tel. 0331 / 9511971

[info@bundjugend-brandenburg.de](mailto:info@bundjugend-brandenburg.de)

[www.bundjugend-brandenburg.de](http://www.bundjugend-brandenburg.de)

27.-29.4., Wilhelmshaven

### Geographie der Meere und Küsten

Jahrestagung; Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung (NIHK)

Tel. 04421 / 915-0, Fax -110

[janssen@nihk](mailto:janssen@nihk)

[www.nihk.de/index.php?id=196](http://www.nihk.de/index.php?id=196)

29.4., Dessau

### Der Klimawandel findet statt - Was kosten die Schäden?

Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg

Tel. 03491-49880 Fax -400706

[ev-akademie-wittenberg@t-online.de](mailto:ev-akademie-wittenberg@t-online.de)

[www.ev-akademie-wittenberg.de](http://www.ev-akademie-wittenberg.de)

## Mai

11./12.5.2006, München

### BAUM Umweltpreisverleihung 2006

B.A.U.M. e.V., Hamburg  
Tel. 040 / 490711-00, Fax -99  
Tagung2006@baumev.de  
www.baumev.de

16.5, Köln

### Wasserwirtschaftliche Partizipationsprozesse auf kommunaler Ebene

Seminar; DWA-Arbeitsgruppe WRRL, Brigitte Krämer  
Tel. 02242 / 872 -207, Fax -135  
kraemer@dwa.de  
www.dwa.de

17./18.5., Berlin

### Seminar: Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Klaus Meier  
Tel. 030 / 44310145  
meier@rosalux.de  
http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=11200&type=0

30.5.-2.6., Bonn

### 28. Deutscher Naturschutztag (DNT): Von lokalem Handeln und globaler Verantwortung -

#### 100 Jahre staatlicher Naturschutz

Fachkongress; Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Land Nordrhein-Westfalen

DNR, Helga Inden-Heinrich  
helga.inden-heinrich@dnr.de  
BfN, Arnd Winkelbrandt  
arnd.winkelbrandt@bfn.de

Organisation: BBN, Anne-Christine Becker  
anne-christine.becker@bfn.de  
www.bbn-online.de/?id=43

## Juni

7.-10.6., Wuppertal/Reimscheid/Solingen

### Freiräume regional: Von der Zwischenstadt zur Gartenregion

Konferenz; Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL), Berlin

Tel. 030 / 78713613

bund@dggl.org

www.dggl.org

(mb, ez) ■

## Regelmäßige Umweltsendungen

### Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit allen Links) gibt es auch im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

### TV-Vorschau

#### „Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

#### Vier-Wochen-Vorschau Natur

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

## Fernsehsendungen

### Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme  
www.terra-nova.tv

### ZDF.umwelt

So 13.15-13.45, ZDF  
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

### Arte-Umweltsendungen

u.a. Di 14.45 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO  
www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html („Die Sendungen“ und „Natur & Umwelt“)

### Ozon

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
www.rbb-online.de/ozon

### Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

### Unkraut

Umweltsendung für junge Leute  
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)  
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

## Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder  
Sa, 9.10-9.35, ZDF  
www.tivi.de/loewenzahn

## Rundfunksendungen

### Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/ („Archiv“)

### Natur+Technik

Fr 17.05-18.00, HR 2 (Hessischer Rundfunk)  
www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902  
www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564

### SWR-Umweltsendungen

Verschiedene Sendepunkte, SWR (Südwestrundfunk)  
www.swr.de/ratgeber/essen  
www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt

### Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
www.rdl.de/programm.html

### Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
www.rdl.de/programm.html

### Radio Rainbow

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm

### Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)  
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

### Graslöwen Radio

So 14.00-15.00, Radijojo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de) Internet (mit FlashPlugin 6): www.radijojo.de  
www.grasloewe.de (mb) ■

## Umweltinformation und fachlicher Austausch für alle

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden rund 250.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.wikipedia.de/wiki/Wikipedia:Hilfe)

[www.wikipedia.de/wiki/Portal\\_Umwelt](http://www.wikipedia.de/wiki/Portal_Umwelt)

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Informationen und Meinungen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)

(mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

## Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

### Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik ("Article 6 Watch<sup>2</sup>")
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>3</sup>-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kioto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u.a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik, Bodenschutz u.a.)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

Außerdem arbeitet das EEB zu folgenden Themen: Richtlinie zur integrierten Vermeidung von Umweltverschmutzung (IPPC), Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung SEA, EU-Nachhaltigkeitsstrategie, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous	Landwirtschaft <sup>4</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

2 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

3 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

4 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snn.nl

**Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat**

Naturschutz- und Umweltpolitik findet zu einem großen und wachsenden Anteil in Brüssel statt. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

**Editorial**

- „Corporate Europe“ nimmt Gestalt an

**Global**

- UN-Konferenzen: Chemikalien und Energie
- Korruptionsbekämpfung: Kein Thema in deutschen Medien

**EU-Politik, Recht**

- Parlament will Verfassung ab 2009
- Verhandlungen über Finanzplanung
- Lissabon-Strategie: DNR kritisiert Fortschrittsbericht
- Umweltausschuss diskutiert EU-Urteil zum Chemikalienhandel
- Newsticker

**Abfall, Produktpolitik**

- Debatte um Batterie-Richtlinie
- Elektroaltgeräte: Probleme bei Richtlinien-Umsetzung
- Bündnis gegen Urwaldvernichtung

**Agrarpolitik, Gentechnik**

- Studie: EU benachteiligt Ökolandbau
- Nachhaltiger Anbau vergrößert Ernte
- Plädoyer für altes Gentechnikgesetz
- Widerstand gegen Gentechnik wächst
- Kampagne für „Terminator“-Verbot
- WTO-Urteil im Gentech-Streit

**Chemikalien, Emissionen**

- Fünf Jahre REACH: Umsonst?
- Umweltausschuss: Strenger gegen Quecksilber vorgehen
- Quecksilberverbot in Thermometern
- Neue Höchstgehalte für PCBs

**Energie, Klima**

- Österreich: Umweltgerechtere Wohnungsbauförderung
- Heizen und Kühlen mit Erneuerbaren
- 2005: Rekordjahr für Windenergie
- Umfrage: 80 % für Erneuerbare
- Ökologische Folgen von Biokraftstoff
- Schweden will völlig weg vom Öl
- Neue Daten bestätigen Klimawandel
- Neuer Klimaschutz-Index
- Schärfere Standards für F-Gase
- Newsticker

**Naturschutz, Biodiversität**

- Donaudelta: Landschaft des Jahres 2007/2008
- Probleme bei Finanzierung von Natura 2000 und LIFE+
- Deutschland erfüllt FFH-Richtlinie
- Impfdebatte wegen Vogelgrippe
- Agrar-Umwelt-Programme ineffektiv für Biodiversität
- Mehr Forschung soll Biodiversitätsverlust stoppen
- Tierschutz-Aktionsplan angenommen
- Newsticker

**Verkehr, Tourismus**

- Luftfahrtindustrie will expandieren
- Frachtverkehr: Meer statt Autobahn
- Aktionsprogramm Binnenschifffahrt
- Newsticker

**Wasser, Meere**

- Neue Richtlinie für Hochwasserschutz

**Service**

- Publikationen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- Wegweiser: EU, UN

**Sonderheft**

- EUR-Sonderheft: Waldpolitik

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

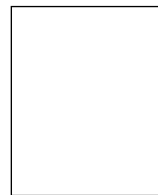
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin